

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erscheint**  
an allen Werktagen.  
**Abonnement**  
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen württ. Postämtern  
und Boten im Orts- u. Nachbar-  
ortsverkehr Viertel M. 1,35,  
außerhalb desselben M. 1,35,  
hierzu Bestellschein 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Veröffentlichungsblatt

der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf.  
Answräge 10 Pf., die Klein-  
spaltige Garnanzelle.  
Kerzen 15 Pf., die  
Pottzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Pannements  
u. Uebernahme.  
Telegraphen-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 5.

Mittwoch, den 8. Januar 1913.

30. Jahrg.

### Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs.

Stuttgart, 6. Jan.

Die Landesversammlung wurde von dem Landesvorsitzenden, Chefredakteur A. Schmidt eröffnet, welcher mit einem Hinweis auf die ungemein zahlreiche Versammlung, die gewiß kein Zeichen von Untüchtigkeit sei, die Anwesenden begrüßte und zunächst dem Vertreter des Landesauschusses im rechtsrheinischen Bayern Rechtsanwalt Dr. v. Staden das Wort erteilte. Derselbe brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dem württ. Landesvorstand, in dem er einen der entschlossensten fortschrittlichen Verbände kennen gelernt habe, die Griffe des bayerischen Landesverbandes überbringen zu dürfen. Er ferner sodann in warmen Worten Württemberg als die Wiege der Demokratie, von der aus die Befruchtung für die ganze fortschrittliche Entwicklung im Reich ausging. Aber trotz aller Fortschritte im Reich, hat weder die württembergische noch die Volkspartei des Reiches ihre Kräfte bis aufs Blut eingesetzt und das muß geschehen, wenn die Volkspartei erfolgreich mit den anderen Parteien konkurrieren will. Er wünschte den Beratungen des Parteitag, sie mögen in dem Bewußtsein geschehen, daß das öffentliche Gewissen des Volkes hinter ihnen steht. Nach Konfirmierung des Vizes, bei der Landtagsabg. Scheef, Fäbinger zum Vorsitzenden der Versammlung ernannt wurde, dankte dieser den Anwesenden für ihr Erscheinen und forderte sie auf auch künftig nach dem alten Wahlspruch der Volkspartei, für Freiheit, Recht und Vaterland zu wirken. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zuerst erstattete der Landesvorsitzende, Chefredakteur A. Schmidt den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu erwähnen: der Zusammenbruch der Volkspartei und der Deutschen Partei bei den Reichs- und Landtagswahlen, der gute Früchte brachte und insofern von politischer Bedeutung war, als er ein Abbrechen der Deutschen Partei von Rechts und damit eine gewisse Klärung der Grenzlinien zwischen Rechts und Links zur Folge hatte. Ferner das partielle Ueberinkommen mit der Sozialdemokratie, das aber nur in einem Fall von Erfolg begleitet war. Der Ausfall der Landtagswahlen selbst kann trotz des schmerzlichen Verlustes von vier Mandaten keinen Grund zur Entmutigung bilden, denn diese

Verluste begn. die erhofften und nicht eingetretenen Erfolge sind nicht selten Zufälligkeitsergebnisse gewesen, die von wichtigen Stimmen abhängen. So tritt die Partei mit 19 Mandaten (statt 23 im alten Landtag) wieder an die landständische Tätigkeit heran. Trotz der Schwierigkeit der Lage, wie sie sich durch die vorübergehenden wirtschaftlichen Verhältnisse des regenreichen Sommers, die übertriebene sozialdemokratische Tonerungssagitation, die Ablenkung des Interesses für die württembergische Landespolitik durch den Balkankrieg und die damit verbundene internationale Spannung herausgestellt hat, hat sich die Partei bei der Hauptwahl ungefähr in der alten Stärke erhalten. Der Rückgang der Gesamtstimmungsstärke in der Hauptwahl gegenüber der Landtagswahl von 1906 erklärt sich ohne weiteres daraus, daß die Partei 1906 in 61 Bezirken, diesmal aber infolge des Abkommens nur in 38 Bezirken, also in 23 Bezirken weniger mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf eingetreten ist, ohne daß sie durch die nationalliberale Unterstützung einen entsprechenden Ausgleich erlangt hätte. Die Ergebnisse der Proporzwahl haben überdies klar bewiesen, daß in den meisten nationalliberalen Bezirken die Zahl der volksparteilichen Wähler, die für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt haben, diejenige der nationalliberalen Wähler und zwar erheblich überstiegen hat. Das Zurückgehen der Abstimmungsstärke in der Proporzwahl selbst ist schon durch die überaus mangelhafte Wahlbeteiligung leicht erklärlich; hat doch auch die Zahl der Proporzwähler des Bauernbundes und der Konservativen gegenüber der Proporzwahl von 1906 bedeutend abgenommen. Im neuen Landtag muß die Partei eine Reihe verdienstlicher und hervorragender Parteimitglieder vermissen. So war Rechtsanwalt Dr. Elias zur erneuten Annahme der Kandidatur für die nächste Landtagsperiode nicht mehr zu bewegen. Auch das Ausscheiden des bisherigen Abg. Käs (Badmang) ist um so bedauerlicher, als dieser Bezirk an den Bauernbund verloren gegangen ist. Ebenso ist durch die Nichtwiederwahl Käßles eine empfindliche Lücke entstanden. Vor allem aber ist das Ausscheiden Friedrich Payers aus dem württembergischen Landtag ein für die Partei unersehlicher Verlust. Die umfassende Abschiedsrede, die Payer am 5. Oktober 1912 im Landtag gehalten und die, über den üblichen Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung am Schluß der Landtagsstätigkeit hinausragend, den Abschluß eines großen Stück intensiver Lebensarbeit gekrönt hat, soll als ein bedeutames Ereignis der Geschichte des württembergischen Parlaments und der Württemb. Fortschrittlichen Volkspartei auch an dieser

Stelle besonders verzeichnet werden. Der Ausbau der Organisation hat auch in diesem Jahr weitere Fortschritte gemacht; die Zahl der neugegründeten Vereine beträgt 24. Auch die Frauen haben wachsendes Interesse an unseren Bestrebungen betätigt; so ist die in Heilbronn im Jahr 1912 gegründete Frauengruppe schon auf ungefähr 80 Mitglieder angewachsen. Dort und an anderen Orten haben die Frauen durch Uebernahme eines großen Teils des technischen Dienstes viel zum Erfolg bei den Landtags- und Bürgerausschuwahlen beigetragen. Auch der Tätigkeit der Presse, die sich mit voller Kraft am Wahlkampf beteiligt hat, muß hier dankbar gedacht werden. Bei den Bürgerausschuwahlen dieses Jahr hat sich die Partei im ganzen Lande lebhaft und meist erfolgreich beteiligt. Es wurde nicht bloß das alte Bestreben gewahrt, sondern in zahlreichen Gemeinden ein weiteres Fortschreiten der Partei ermöglicht. Nach den lebhaften Kämpfen der Jahre 1911 und 1912 wird nunmehr eine Zeit ruhiger, praktischer, politischer Arbeit einsetzen. Dabei wird vor allem der weitere Ausbau unserer Organisation energisch betrieben werden müssen; denn unsere Arbeit war gerade dort von besonderem Erfolg begleitet, wo es um die Organisation am besten bestellt war. Da der Fortschrittlichen Volkspartei genug Männer zur Verfügung stehen, die zu politischer Arbeit berufen und entschlossen sind, so kann mit guten Hoffnungen in die Zukunft geblickt werden. Zu Ehren der verstorbenen Parteifreunde von denen leider eine große Liste aufzuzählen war, erhob sich die Versammlung von den Sitzen.

Der Geschäftsführer Paul Zig erstattete den Kassensbericht. Er konnte erfreulicherweise mitteilen, daß die Ausgaben mit 9800 Mark und die Einnahmen mit 10150 Mark sich ziemlich die Waage gehalten haben.

Sodann sprach Landtagsabg. Fischer-Heilbronn über:

#### Der Ausbau der Organisation.

Der Ausfall der Landtagswahl hat uns alle besonders betroffen, weil zweifellos keine andere Partei im Württemberg innerhalb des Parlamentes soviel aufbauende, das Volkwohl fördernde Arbeit geleistet hat, wie gerade die Volkspartei. Und man fragt deshalb mit vollem Recht nach den Ursachen, die dazu führten. Denn auch, wenn man auf Dankbarkeit in der Politik von vornherein verzichtet, ist doch soviel sicher: Beide Kreise der Bevölkerung Württembergs schädigen in erster Linie auch ihre eigenen Lebensinteressen, wenn sie gegen die Politik der Volkspartei ankämpfen. Sie haben das allgemeine gleiche Wahlrecht gegen sich und ihre Wohlfahrt gewendet, das macht einen liberal und demokratisch denkenden Politiker am meisten zu schaffen. Wir haben darum zu untersuchen, wie hier abge-

Kein Mensch stirbt und hat die Hälfte seiner Wünsche erlangt. Calmud.

### Frau Welt.

Roman von Erika Niedberg.

20 (Fortsetzung.)  
Bertram Hoffner mußte ein einsamer Mensch werden, das zu erkennen.  
Er mußte das Fragen lernen, um eine andere Antwort als nur die seine zu vernehmen.  
Über diese Antworten machten seine Seele erzittern, denn sie erschütterten ihm den Glauben an sich selbst.  
Unertüchlich für seine großartige Natur war sein Tag jetzt von heimlichen Neugierissen erfüllt. Wohin er griff, traf er auf Stacheln.  
Wäre das gesamte Gutsgebinde nicht zu slavischem Vorkram erzogen worden, so mußte das bedenkliche Schwanken in der Oberleitung bereits seine Folgen zeigen.  
Jetzt wieder eine Probe davon.  
Natürlich sah Eberhard da draußen irgendwo herum, hörte und sah nichts, als nur seine eigene, eine Traumwelt — und Engmann, der Verwalter, anstatt die sehnsüchtige Aussicht zu erregen, half den Knechten, da eben die Arbeit auf den Nagel brannte.  
Und inzwischen fanden hier die Leute auf einem Hause ohne Anweisung.  
Seine Schuld! Deshalb war er selbst nicht auf dem Posten gewesen? Was grübelte und träumte er wie sein Sohn! Er fragte noch kurz nach Börner, dem ersten Verwalter, obwohl er wußte, daß der augenblicklich nicht aus dem Nest abkommen konnte, und befahl sein Pferd vorzuführen.  
Mähend brannte die Sonne. Die Luft kimmerte von Hitze. Gariblan war der Himmel, nur drüben, hinter dem Forst, wuchs eine Wetterwand empor.  
Eberhard sah seitwärts des Weges auf einem Feldstein.  
Sein Pferd war neben ihm an den Stamm einer Eiche gebunden.

Fliegen umschwärmten es. Ihre blauen und grünen Flügel glitzerten metallisch in der Sonne.  
Eberhard beachtete nicht das ängstliche Schnauben und Schlagen des edlen Tieres, das sich der plagenden Insekten kaum erwehren konnte.  
Sein Blick ging geradeaus auf die Schar der emsig Arbeitenden.  
Es sah aus, als folge er sehr aufmerksam der Arbeit, während doch sein Blick nur an den kräftigen, oft unbewußt förmlich plastischen Bewegungen der Männer und Frauen hing.  
Eine Hundgrube an Kobellen war's. Dort der junge Burche, wie er seinen binsenschlanken Körper bog und nun die volle, goldgelbe Garbe spielend hob! Wundervoll, dies Spiel der schneigen Glieder!  
Und jener Alte — Welch ein Prachtstopp! Die ganze Härte unablässiger Plage und Arbeit auf dem hageren Gesicht, ein Lastritt, alt geworden im Joch und dennoch trotz des düster ergebungsvollen Ausdrucks etwas wie freie Selbstbestimmung in den Zügen — das Bewußtsein: „Es mußte so sein. Und — ich hab's geschafft.“  
Den malen, formen dürfen —! und dann „Arbeit“ darunter schreiben!  
Eberhards Herz klopfte. Die Rippen waren ihm heiß und trocken, die Stirn brannte. Er seufzte so schwer, daß es einem Stöhnen gleich.  
Wie lange sollte es noch so weiter gehen? Wie lange ertrag er's noch?  
Dies war kein Leben mehr. Nicht die Welt, welche die seine war.  
Nichts von dem, was man hier seine Schuldigkeit nannte, tat er. Schämte er sich vor jenem Alten, der ohne Haß und ohne Klage sich plagte, bis er reif war und hinfant wie das Korn, das seine Hände banden.  
Ein Tagelöhner und arbeitsger Strohler war er geworden — und mußte doch ein Göttergeschick sein eigen, fühlte die Kraft von Hunderten und sah hier stumpf und dumpf. Nichts war mehr sein. Er selbst gehörte sich nicht mehr. Trüben im Forst, so nah, daß man über den Baumstumpfen ein kühles, grades Rauschfächchen aufsteigen sah, da lag das Forsthaus.  
Wann hatte er die Schwelle zuletzt betreten, die seine Fährten so unzählige Male überschritten?  
Er mochte das erste, Traut und Selbstzucht fordernde Amtlich des Forstmeisters nicht sehen.  
In Hause in seinem festverschlossenen Schrank lagen

neben Bergen von heimlich entworfenen Stizzen Edmuths Briefe.  
Alle voll Trost, Mut und leuchtend zuberfühllicher Hoffnung — er las sie jede Nacht, er trank jedes ihrer Worte in sich hinein — aber er beantwortete keine.  
Was soll ein Mensch, der wartet, von sich sagen?  
Sollte er ihr schreiben: „Riesengroß wächst meine Sehnsucht nach dir, nach meiner Welt. Sie flattert angstvoll in dunkle Nacht hinaus. Sie schmiegte sich in den sonnen- durchleuchteten Tag.“  
Sie pocht in meinen Schläfen, die nach deiner fühlenden, lieben Hand verlangen.  
Mein Herz brennt! Komm! Laß uns endlich zusammen wandern!“  
Was hätte es, wenn er so schriebe? Es schürte das Leid, es schürte das Sehnen.  
Und das blasse Leidensgesicht der Mutter mahnte ständlich: „Gedulde dich — noch ein Weilschen! Laß mit dem Trost deines Anblicks! Laß auch ihn, den harten Mann, noch nicht allein!“  
Rach nicht! Aber wann? wann?  
Warten! Da stand es wieder, das Wort. So dunkel, so drohend, wie dort die blauschwarze Wetterwand.  
Und wie ein angstvolles Warten lag es auch auf der Natur. Nicht der leiseste Lufthauch bewegte Halm und Blatt. Als hielte alles den Atem an, als lauerte alles in weiter, unheimlicher Stille.  
Eberhard wandte den Kopf nach Westen. Höher und höher stieg die unheilbringende, dräuende Wand, jetzt von fahlen, gelblichen Streifen durchschossen.  
Ganz weit in der Ferne rollte der erste Donner.  
Hastiger wurden die Bewegungen der Arbeiter. Die Garben flogen auf die Wagen, Fuder um Fuder lärmte sich. Engmann in seinem grauen Drillanzug arbeitete wie ein Anecht davor. Er warf keinen Blick mehr nach dem Sohn seines Herrn, obwohl er innerlich fand, es sei eine Schande, dem lieben Herrgott zur gesegneten Erntezeit so den Tag abzuschließen.  
An der Wegbiegung, hinter Eberhard, tauchte ein Reiter auf.  
„Der alte Herr!“  
Wie ein Rud ging es durch die Beute. Alle Muskeln spannten sich — Zum Donnerwetter, man mußte doch vorm Regen unter Dach und Fach —!  
(Fortsetzung folgt.)



hoffen werden muß. Und da muß in erster Linie die Verteilung und Bewegung der politischen Parteien eine andere werden und zwar sowohl von den Mitgliedern und Leitern der Parteien selbst, wie von der gesamten Bevölkerung und auch seitens der Regierungen. Volkvertretung und Parlamentarbeit ist ohne geordnetes Parteiwesen gar nicht möglich und je vielfältiger die Aufgaben und der Inhalt des Staates werden, umso bedeutender werden die öffentlichen Aufgaben der politischen Parteien auch weit über das Parlament hinaus. Die innere Entsprechung zwischen Regierung und Volk wäre ohne das, was ausfließend von den Parteien geleistet wird, zum inneren Verstehen dessen, was gesetzgebend auf allen Gebieten vor sich ging, noch viel größer, als es auch so der Fall ist. Und die Verteilung des Staates wäre ohne die kontrollierende, beratende, fordernde und kritisierende Mitarbeit der Parteien viel vollkommener und unzweckmäßiger vor sich gegangen, als es so geworden ist. Diese beiden Gesichtspunkte müssen es jedem denkenden Bürger zum Bewußtsein bringen, daß die politische Partei ein konstruktives Element im Aufbau der Entwicklung eines Volkes und seines Staates ist und daß es darum ureigenstes Interesse und Pflicht des einzelnen Bürgers ist, nach Maßgabe seiner Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung sich der ihm zugehörigen politischen Partei anzuschließen. Vor allem aber muß endlich einmal die Auffassung verschwinden, als handle es sich bei der Unterstützung einer Partei oder gar des Kandidaten einer Partei bei Wahlen, um einen persönlichen Dienst und um ein besonderes Opfer, das man dieser oder jener Person bringe zu ihrem Vorteil. Das ist vor allem bei der Volkspartei absolut unberechtigt, wo fast jeder, der sich als Kandidat zur Verfügung stellt, sowohl der Partei als dem ganzen Volk nicht nur ein großes persönliches, sondern auch parteifinanzielle Opfer darbringt. Denn das darf doch auch ausgesprochen werden, daß gerade unsere Partei immer bemüht war, bei der Auswahl der Kandidaten so zu verfahren, daß wirklich eine Volkvertretung in gutem Sinne zu Stande kam, nicht ein neuer Erwerbssweig, der unter diesem stolzen Wort Volkvertretung einen Brotberuf darstellt, wie das bei der Sozialdemokratie allmählich so geworden ist.

Wir haben im Gegenteil den Fehler gemacht, daß wir nicht auch früher schon, wie die übrigen Parteien, wenigstens einen oder einige Berufspolitiker ins Parlament schickten, die dann Zeit hätten, das was von unserer Partei im Parlament geleistet wurde, agitatorisch in Presse und Versammlungsarbeit zu verwerthen. In dieser Beziehung sind wir unpraktischer und unkaufmännischer gewesen als Bündler, Zentrum und Sozialdemokraten. Und wenn es lange Zeit nur ein Schaden war für die Partei, daß Mitgliederzuwachs und Parteifinanzien schlecht dabei wegkamen, so ist mit den hinter uns liegenden Wahlen nun ein offenkundiger Schaden für das Land und das württembergische Volk entstanden. Man kann sich die Tatsache nicht verschließen, daß viele Kreise, vor allem unsere kleinhöckerliche Bevölkerung mit den vielerlei und zum Teil tiefgreifenden Reformgesetzen in ihrem inneren Verstehen nicht haben Schritt halten können. Was den Führern und Vertrauensleuten des Volkes klar ist, die im Parlament tätig sind und denen ganz andere Einblicke in die Dinge und Zusammenhänge möglich sind, das bedarf für die in harter Tagesarbeit stehenden Volksgenossen einer eingehenden Darlegung alles dessen, was als Frucht der angewendeten Kräfte und Mühen materiell und ideell im Laufe der Jahre daraus hervorkommt. Wir müssen Leute heranbilden, die aus den Arbeitern, den Bauern, den Handwerkern u. dergleichen sind, in deren Welt und sozialem Empfinden vorzuehen, also von dort den Zusammenhang ihres persönlichen und beruflichen Lebens mit den größeren Zielen und umfassenden Aufgaben des gesamten Volkes und Staates erkannt und innerlich verarbeiteten haben. Aber daneben ist notwendig, daß auch die Parlamentserfahrungen durch die Träger der Mandate mehr als früher und vor allem auch in den ruhigen Zeiten agitatorisch verwertet werden. In dieser Beziehung hat es bei uns mannigfach gefehlt. Wir empfinden jetzt sehr stark, daß Volksfragen und Volkswohlfahrt zu einem guten Stück in unsere Hand gegeben sind und der Ausgang dieser Wahlen predigt es eindringlich, daß beides nicht durch gute Gesetze allein erledigt werden kann, sondern daß der bewußte Wille des Volkes, der nur aus innerem Vernehmen herauswachsen kann, unbedingt notwendig ist. Und diesen Willen zu wecken und dauernd zu erhalten, ist heute eine ungeheuer wichtige Aufgabe. Denn daß der naive, unorientierte, nur vom kleinlichsten Egoismus bestimmte Meinungsäußerung des Volkes ohne weiteres das Richtige wollte, diesen Glauben habe ich nie gehabt. Und darum, je komplizierter ein Staatswesen wird, je größer geistig und materiell die Anforderungen des Staates an seine Bürger werden, umso wichtiger wird die wirtschaftliche und soziale Aufklärungs- und Erziehungsarbeit als Ergänzung und Vorbereitung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Auf dieser Seite muß darum bei der Zusammenfassung der Fraktion und bei der Tätigkeit der Abgeordneten Nachsicht genommen werden, wenn wir nicht gegen die Volkspartei u. a. auf der einen und gegen die agitatorisch voll einzusetzende Sozialdemokratie auf der anderen Seite immer mehr ins Hintertreffen kommen wollen.

Notwendig ist ferner, daß die politischen Ausbildungsturse des Nationalvereins auch in Württemberg weiter fortgeführt werden und daß vor allem auch vom Lande Leute zur Beteiligung herangezogen werden. Hier muß uns das Vorbild der gegnerischen Parteien anseuern.

Dann aber ist die Organisation selbst, sowohl ihre Form wie ihr Inhalt noch weit mehr als früher zu fördern und ich will gleich sagen, daß wir unbedingt noch zwei weitere Parteisekretäre brauchen, daß Stuttgart, Heilbronn, Ulm und Tübingen als Mittelpunkte für die organisatorische Bearbeitung der einzelnen Landesteile ihren Berufsarbeiter haben können, haben alle Erfahrungen bis jetzt bestätigt. Die für Berufsarbeiter in Verbänden ausgewählten Mittel haben sich bald selbst bezahlt durch Zuwachs an Mitgliedern und freiwillige Zuwendung. Es ist mir auch nicht zweifelhaft, daß sich das in den Wahlkreisen zu einem guten Teil wieder ausgleichen wird, was in ruhigen Zeiten zum Ausbau der Organisation geleistet wird. Was heißt alles Nattern und Schimpfen über die wachsende Macht der Gegner, der Personenteils, der hinter uns steht, ist wirtschaftlich mindestens so leistungsfähig wie jeder andere und hat Ueberlegung genug, um sich klar machen zu können, um was es sich handelt. Sollten wir es nicht fertig bringen, hinter ein gutes volkreundliches Programm eine leistungsfähige Organisation zu setzen? Das ist keine Wesensfrage, sondern eine geschäftliche Angelegenheit, eine Kaufmannsfrage. Der gute Wahlausfall in Heilbronn ist nicht zum wenigsten der dortigen trefflichen Organisation zu verdanken. Die Parteifaktik muß lädenloser sein und die innere Fühlung zwischen den Vereinen, Vertrauensleuten und der Parteileitung eine geregeltere und enger werden. Ohne geregelte Tätigkeit kann kein Parteiverein sich halten und ohne Zusammenhang mit der Zentrale muß der Vertrauensmann auf einseitigen Posten erstarren. Und auch wir alle sollten mehr von einander wissen. Können wir

nicht auch eine Zusammenstellung machen, wie viele unserer Leute im Gemeinderat, Bürgerausschuß und Bezirksrat sitzen, um ein Nachtbewußtsein im einzelnen Parteifreund zu erwecken? Und warum sollte es uns nicht möglich sein, wenigstens für die kleinstädtischen und ländlichen Vereine etwa allmonatlich so eine Art „Württembergische Volkspartei“ herauszubringen, um ihnen etwas bleibendes und orientierendes in die Hand zu geben.

Daneben steht aber auch als besondere Aufgabe noch die Behandlung der Presse. Es müßte für eine Partei mit soviel geistigem Kapital ein Leichtes sein, hier etwas Großes zu leisten, aber auch hier fehlt es an der Organisation. Was müßte das für eine Stimmung und einen Willen auslösen, wenn jeden Samstag aus der Feder eines führenden Politikers in allen uns besprochenen Zeitungen ein gleichlautender Aufsatz stünde, der auf die Auffassungen des Veretztes zugeschnitten wäre. Sodann ist dringend nötig, sowohl für die Agitation, wie für die eigenen Freunde, daß sofort nach Erledigung eines Gesetzes oder bei einem sonstigen größeren politischen Ereignis, das bei den Wahlen eine Rolle spielen kann, eine gut orientierende Darstellung und Begründung des eigenen Standpunktes und eventuell der falschen Stellung der Gegner gegeben wird. Das Wahlhandbuch für die nächsten Wahlen muß am Donnerstag angefangen werden, wenn etwas Brauchbareres als das letztmal zu Stande kommen soll. Ein gutes Mittel zur Stärkung der Zusammengehörigkeit sind die Sommerfeste, doch müssen hier für die kleineren Bezirke mehr familiäre Feiern veranstaltet werden.

Was die Partei im ganzen anbelangt, so ist ja ihr Rahmen durch das Organisationsstatut gegeben, wenn einmal die Bezirksverbände voll ausgebaut sind. Nach den Vorschlägen Göhrum-Heilbronn ist hier sicher eine tragfähige Grundlage geschaffen worden. Sehr wichtig ist endlich die Frage der Jugendorganisation, der Frau innerhalb der Partei und der Arbeiter im Verhältnis zur Partei. Wir brauchen Jugend, denn wir brauchen für jede Generation Leute, die unsere alten Ideale anwenden auf die Verhältnisse, wie sie ihre Zeit besonders herausgestellt hat. Das gleiche gilt von der Frauenbewegung. Ueber Arbeiter und Volkspartei ist nicht viel zu sagen, die brauchen sich gegenseitig und werden sich bei richtiger Arbeit noch mehr finden als heute. Ob das durch Sonderorganisationen oder durch Gruppen innerhalb des Gesamtvereins erreicht werde, muß aus den lokalen Verhältnissen heraus entschieden werden.

Und nun noch ein Wort zum Schluß! Die gestrige Delegiertenversammlung hat gezeigt und dieses Gefühl durchzieht auch die heutige Versammlung, wir haben innerlich dem Lande und dem Volke gegenüber ein gutes Gewissen. Wo wir unterlegen sind, konnten wir der Skrupellosigkeit der Gegner nicht standhalten. Wir sind auch keineswegs jezt mutlos, denn gutes Gewissen gibt Ruhe, Sicherheit und Kraft. Aber eines beklagen wir. Den groben Materialismus, der alle ethischen Interessen niederwürgt, der es dahin gebracht hat, daß Volk und Vaterland verraten werden um Stundenlohn und Zollinteressen, daß große Kulturfragen nichts mehr bedeuten, wo graffer Eigennutz nottun konnte. Darum laßt uns mitbestimmen, daß ein anderer Geist in unsere Jugend und soweit das möglich ist, auch in das Alter wieder hineinkommt. Die Demokratie ist ethische und ideale Gesinnungen voraus. Ihr ist die Wohlfahrt des Volkes das oberste Gesetz. So muß zur Arbeit für die Partei jener geistige Einschlag kommen und die Unterstützung dessen nicht fehlen, was geeignet ist, uns Menschen mit einer ernsthaften Lebensauffassung zu schaffen. Das Wort Raumanns: Die Macht und Größe des Vaterlandes und Tüchtigkeit und Freiheit aller arbeitenden Staatsbürger in Stadt und Land sind die Zielpunkte unserer Politik, ist und bleibt unser Streben. Dafür arbeiten wir.

Mit jenem Mut, der früher oder später den Widerstand der dumpfen Welt besiegt, mit jenem Muthen, der sich stets erhöhter bald läßt hervordrängen, bald geduldig schmiegelt, damit das Gute wachse, wirke, fromme, damit der Sieg dem Edlen endlich komme.

Nach der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, die als Broschüre gedruckt werden soll, sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter **Viesching** über

#### Reichspolitik.

Viesching schilderte zunächst die derzeitige Weltlage. Die europäische Diplomatie habe in letzter Zeit sehr versagt. Ihr einziger Erfolg sei die Gründung Albanien, wodurch die serbischen Großmachtgelüste gedämpft werden und die allerdings wichtige Tatsache, daß der europäische Friede bis jetzt erhalten bleibt. Deutschland habe sich im verfloßenen Jahr durch Ruhe und Bestimmtheit ausgezeichnet und dies habe nicht im wenigsten zu der Erneuerung des Dreibunds mit beigetragen. In den übrigen Mächten seien die Beziehungen ebenfalls gute, besonders gegenwärtig auch zu England. Ein schwerer Verlust für unser Vaterland sei der Tod Eiderlen-Wächters und Marschalls. Die Kriegesgefahren der letzten Jahre haben natürlich eine neue scharfe Prüfung der Frage hervorgerufen, ob wir auch genügend für den Ernstfall gerüstet seien. An der Hand eines Ueberblicks über die Neuerungen in Meer und Marine, in dem er auch die Erhöhung der Mannschafslöhne anerkennend erwähnte, konnte der Redner diese Frage bejahen. In der Deckungsfrage konnte die Volkspartei der Aufhebung der Liebesgabe nicht zustimmen, um den Konsum nicht zu belasten, die Partei verlangt die Erbschaftsteuer für Ehegatten und Kinder, und die Beratungen der deutschen Finanzminister in den letzten Tagen werden wohl in ihrem Schoß diese oder eine Vermögenszuwachssteuer gebären. Viesching forderte als nächste Aufgaben eine bessere Fürsorge für die Veteranen und zur Abhilfe gegen die Fleischsteuer, die Regelung der Schweinezucht. Eine völlige Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch müßte die Volkspartei ablehnen. Das staatliche Petroleummonopol ist auch unter den gegenwärtigen Umständen von Seiten der Volkspartei, trotz ihrer grundsätzlichen Stellung gegen Monopole zu bekräftigen, da es einem Privatmonopol vorzuziehen ist. Die Kommissionsberatungen müssen aber erst zeigen ob etwas Brauchbares geschaffen werden kann. Energisch trat die Volkspartei für das Koalitionsrecht in den staatlichen Betrieben ein. Ausführlich behandelte der Redner die jüngste Geschichte der Jesuitenfrage. Die Volkspartei habe sich über die Frage ihrer Haltung bei der Aufhebung des Jesuitengesetzes noch nicht schlüssig gemacht, für eine bedingungslose Aufhebung werde sie jedenfalls nicht zu haben sein. Zum mindesten müsse die Regelung der Frage dann der Landesgesetzgebung über-

lassen bleiben. Zum Schluß gedachte der Redner der Wiederwahl des Abg. Kämpf zum Präsidenten des Reichstags. Wir behalten uns vor, die Rede noch ausführlicher wiederzugeben.

Das letzte Referat hielt **Courad Gaußmann** über

#### Der neue Landtag und die Landespolitik.

Aus der Wahlschlacht ist ein neuer Landtag hervorgegangen, der von dem alten Landtag nach den Parteiziffern sich nicht sehr viel unterscheidet, aber doch soviel, daß eine politische Veränderung in nächster Nähe gerückt ist und die Aufgaben der Volkspartei nicht erleichtert, sondern erschwert sind. Dieses Ergebnis des Wahlkampfes fordert einen Rückblick über den Aufmarsch und die Taktik. Wir wollen ganz offen miteinander sprechen, obwohl wir in voller Öffentlichkeit reden, wir wollen alle Erfahrungen und auch Fehler, wenn sie vorkamen, nutzbar machen.

Wir sind, militärisch ausgedrückt, nicht avanciert, sondern an einigen Stellen von der blauen Armee zurückgedrängt worden. Wir haben keinen Grund, die Schlapfen von Badnach, Kirchheim und Waiblingen zu beschönigen und zu bedauern, daß wir Heidenheim, Oberndorf und Schorndorf, die im gegnerischen Besitz waren, von den Gegnern nicht erobert haben. Aber wir haben auch keinen Anlaß, die paar Erfolge der Bündler als einen großen Sieg derselben auszugeben und blind dagegen zu sein, daß die Gegner von rechts die Mehrheit nicht erobert haben. Rechts und Links steht auf der Schwelle der Mehrheit. Hätten wir Schorndorf nicht durch die große Disziplinwidrigkeit und Kirchheim durch den Mangel an Arbeit während der letzten 6 Jahre verloren und Heidenheim nicht an die dringend darum bittenden Nationalliberalen freiwillig überlassen, so stände die Volkspartei auf den 23 Sitzen, die sie vor zwei Jahren gehabt hat. In einer Reihe wichtiger Bezirke hat die Volkspartei sich glänzend behauptet und an Stimmen zugelegt. Das Ergebnis der Proporzwahl war durch eine Anzahl zufälliger Momente beeinflusst. Die Verschiebung unserer Mandatsstärke hält sich also innerhalb erträglicher Grenzen. Aber trotzdem, wir müssen daneben auch den politischen Gründen klar ins Auge schauen. Es kamen deren eine Reihe zusammen: Das für Weingärtner und Bauer ungünstige Jahr, ihre Sorge vor der durch die Sozialdemokratie stürmisch verlangten Veränderung der Viehzölle, die Verärgerung vieler Gemeinden gegen die Schulaufgaben, und der Lehrer gegen die Volkspartei, welche den Lehrern nicht noch weiter entgegengekommen sei, die Ablenkung des öffentlichen Geistes durch die Gefahr eines europäischen Krieges, der Mangel einer die Bevölkerung mächtig beschäftigenden Landesforderung. Aber noch etwas anderes. In einer Reihe von Bezirken ist die Zahl der wirtschaftlich selbständigen und politisch mutigen Existenzen im Mittelstand kleiner geworden. Die Androhung wirtschaftlicher Nachteile durch die Entziehung der Kundschaft ist einem Teil der Wirte und Ladenbesitzer in die Knie gefallen. Mit wirtschaftlichen Nachteilen droht laut oder stumm Bauernbund, Zentrum und Sozialdemokratie. Diese konzentrische Drohung erreicht bei manchen ihre einschüchternde Wirkung. Die Selbständigkeit ist in dem nordöstlichen Teil des Landes zurückgegangen, mit der Selbständigkeit geht naturgemäß in den betreffenden Bezirken auch der Einfluß der Volkspartei zurück. Der Schaden der Volkspartei ist aber zugleich ein Schaden des Landes.

Meine Herren! Suchen wir uns und anderen klar zu machen. Der politische Geist ist ein staatlicher Sinn. Er leidet unter der Entfaltung von Berufsorganisationen und von Kirchenorganisation. Das Zentrum hat sich zur reinen Kirchenorganisation ausgebaut. Das Zentrum ist eine seitens politischer Schöpfung mit kirchlichen Bewegungen und Eingebungen. Der Bauernbund ist eine Berufsorganisation mit politischen Hintergedanken. Die Gewerkschaften sind ein beruflich organisierter Apparat mit starken politischen Neigungen. Also alle anderen Parteien als die liberalen besitzen einen Apparat, der an und für sich nicht politisch ist, das Jahr über funktioniert und die Menschen unpolitisch zusammenführt, bei den Wahlen aber der Stützpunkt für die politischen Operationen wird. Weil sie nicht vom Staatsgedanken ausgehen, sind diese Organisationen, wenn sie übermächtig werden, ein Schaden für den Staat und deshalb vertritt die Demokratie und der Liberalismus die Sache des Staats, wenn sie jenen konzentrischen Bewegungen die Forderung der reinen politischen Sammlung gegenüberstellt. Das ist heute schwieriger als früher, aber auch notwendiger als früher. Von dieser Erkenntnis aus bitte ich Sie, das Wahlabkommen der Demokratie und der Nationalliberalen zu betrachten. Es ist in der Volkspartei niemand, der nicht erkannt hätte, daß das Vergehen auf eigene Faust auch sehr erhebliche Vorteile hat und daß die nationalliberale Partei innerlich nicht völlig einheitlich liberal ist. Diese ersten Bedenken dürften aber angesichts der Entfaltung, welche sich konservativ und Zentrum durch den Zusammenschluß ihrer Organisationen gaben, nicht davon abhalten, eine Zerfleischung der liberalen Parteien unter allen Umständen hintanzubehalten. Die Wirkung eines kräftigen Versammlungskampfes zwischen Volkspartei und Nationalliberale Partei wäre für die Nationalliberalen noch gefährlicher gewesen als für die Volkspartei, hätte aber den politischen Geist noch mehr gelähmt und verwirrt. Darum haben wir das Abkommen abgeschlossen. Ein taktischer Mangel war die lange Dauer der Verhandlungen, die leider durch den ewig erneuten Wunsch der Nationalliberalen nach weiteren Zugeständnissen und Ueberlassungen aus unserem Besitzstand bedingt war. Daß solche nicht angezeigt und nicht möglich waren, hat die Wahl gezeigt. Aber die Stimmung in der wichtigsten Zeit der Wahlvorbereitung verlief an Frische. Unsere Haltung war, wie die Ueberlassung von Heidenheim beweisen hat, durch allgemeine Gesichtspunkte geleitet. So haben wir auch in Hauptwahl und Stichwahl die gleiche politische Richtlinie eingehalten wie bei den Reichstagswahlen, aus denselben Gründen, nämlich um eine Mehrheit der Stimmen zu verhindern. Die „Sammlungspolitik“ der Rechten gegen eine äußerste Linke, die ein Fünftel der Stimmzahl, mitzumachen, ist für die Linke an sich falsch, wenn aber dadurch die Linke der Rechten die Mehrheit in die Hand spielt, auch vom liberalen Standpunkt eine Kapitulation. Die Sozialdemokratie ihrerseits hat erfahren, daß die Aussichten, eine sozialdemokratische Mehrheit zu bilden, für absehbare Zeit ausgeschlossen sind. Diejenigen, die mit dieser Tatsache nicht rechnen, nennt man Radikale. Man sollte denken, daß ihre Zahl und ihr Einfluß durch das die Sozialdemokratie enttäuschende Ergebnis der Wahl nicht zugenommen hat. Jedenfalls müssen die hiesigen Köpfe unter den Genossen erkennen, daß eine Wahltaktik der Volkspartei, welche die Nationalliberalen auf die Rechte stößt, die Gefahr einer Reaktion verursacht. Andererseits darf im Interesse der nationalliberalen Partei und ihrer demokratischen Bundesgenossen der lokale und berechnete Wunsch ausgesprochen werden, es möchte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo sie aus einer schon Jahre dauernden Parteikrise sich zu der Einsicht ihrer bisherigen Parteigenossen wenigstens in Württemberg durchbringen werde. Die Gebuld der Bundesgenossen sollte aus psychologischen



Menschen nicht auf eine allgütige Probe gestellt werden. Nach Kaffermann muß einsehen, daß die Nachbarn, um den Glauben nicht zu verlieren, wissen müssen, woran sie sind. In Württemberg sind erfreulicherweise eine Reihe wichtiger Gesetze unter Dach und Fach. Die nächsten Jahre werden kein hochpolitisches Gesetz bringen. Aber man wird voraussichtlich auf der Hut sein und den gesetzlichen Beständen verteidigen müssen. Die Volkspartei wird auf dem Platz sein und mitarbeiten. Sie wird nicht „in Wästen stehen“, weil nicht alle Wälder gerodet sind.“ Die Mitarbeit an guten Finanzen, die Sorge für eine richtige Wirtschaftspolitik, die Verbilligung und Vereinfachung des Staatshaushalts, die Begrenzung, das Bedürfnis der Gemeinden nach teilweiser Entlastung, die Vermögenssteuer und Aufhebung der Gewerbesteuer und anderer veralteter Staatssteuern, die christliche Prüfung von Württembergs Reichspolitik sind ernste Aufgaben.

Die Landtagsberatung fällt mit einem Ministerwechsel zusammen, der den Schein eines Systemwechsels verbreitet, ohne ein solcher zu sein. Dem Minister Bischof bewahrt die Linke dauernd eine gute Erinnerung. Er war ein Staatsmann, der eigene Ansichten gehabt und vertreten hat, der in Gesetzgebung und Verwaltung dauernde und fruchtbare Spuren hinterlassen hat. Es ist ein Beweis für die Gerechtigkeit der Volkspartei, daß sie Herrn von Bischof als Herr von Weitzing auch nach dem Scheiden dankbar bleibt, wie dereinst Herrn von Wittmann, der die liberale Wera eingeleitet hat, deren Ende nun Herr Greber und Herr Körner herbeiführen wollen. Aber auf dieser liberalen Wera beruht zu einem großen Teil die Anerkennung, welche die Bevölkerung der Regierungszeit König Wilhelms II. entgegenbringt. Herrn von Fleischhauer und Habermas mit Mistrauen entgegenzutreten, liegt kein Grund vor. Die Präsidialwahl ist ein politischer Akt und wir werden sie als solchen behandeln. Wir werden als offene und ehrliche Gegner angeht die Tatsache, daß die Erfolge der Rechten ihr keine Mehrheit gebracht hat, nicht für den Kandidaten des Zentrums unsere Stimmen abgeben. Siegt der Zentrumskandidat, so werden wir bestrebt von der Verantwortung für die Geschäftsführung, genau dieselben Zwecke und Ziele weiter verfolgen wie bisher. Wir wissen, daß in der verwickelten Lage einer mangelnden Mehrheit volksverständliche Tätigkeit und entschlossene Disziplin besonders wichtig sind. Wir werden auch wenn die politische Arbeit und der Anteil an der Geschäftsführung uns unsere Zeit weniger als bisher in Anspruch nimmt, die Möglichkeit haben, häufiger als bisher erscheinende Besuche bei unseren Freunden in den Bezirken abzustatten.

Meine Herren! Die 4 letzten Legislaturperioden haben der Volkspartei erlaubt, ihre positiv gerichtete Tätigkeit auszuüben und Erfahrungen zu sammeln. Sie sind unversoren, ebenso wie die Tradition der württembergischen Volkspartei, die nun genau ein halbes Jahrhundert alt ist. Wir werden sein wie bisher, deutsche Schwaben und Demokraten.

Auf die Referate folgte zum Teil eine lebhafte Diskussion. Folgende von Arbeitersekretär Barhofs-Ulm eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs befragt ebenfalls freudig die Gründung des „Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter“, die vor einiger Zeit im engeren Anschluß an die Gesamtpartei erfolgte. Sie bittet die Freunde im Lande, die Bestrebungen dieser jungen Organisation tatkräftig zu unterstützen und überall ernstlich die Frage zu prüfen, ob und wo man Ortsgruppen dieser Bewegung durch eigene Mithilfe gründen kann. Wo die Möglichkeit sich dazu bietet, wolle man dies gleich der Zeitung des Reichsvereins mitteilen, denn diese will alle Fortschrittlich gesinnten Arbeiter und Angestellten sammeln, nicht auf dem Boden des einseitigen Kampfes, sondern zu gemeinsamer Kulturarbeit, mit allen Kreisen unserer freiheitlich denkenden Bürgern und Bauern. Der Ausgangspunkt der Arbeit, des Reichsvereins ist die Liebe zum Volk zur Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Auf Antrag von Bibliotheksekretär Hils wurde beschlossen, den Vortrag des Landtagsabgeordneten Fischer zu Agitationszwecken drucken zu lassen. Eine weitere Resolution wurde von Conrad Kaufmann eingebracht: dieselbe lautet: „Die Fortschrittliche Volkspartei Württembergs beauftragt ihre Fraktion, im Landtag für die bisherige Politik, die Württemberg gestützt hat, mit aller Entschlossenheit einzutreten, alle staatlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen und Fortschritte mit oder gegen die Regierung anzustreben und mit den anderen Parteien auf der Linken, die diesem Zwecke dienen, Beziehungen aufrecht zu erhalten. Sie beauftragt die Parteileitung, die Organisation in allen Bezirken auch in den gegnerischen weiter auszubauen und eine planmäßige Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift durchzuführen. Die Landesversammlung verpflichtet jeden Einzelnen, sich zur Mitarbeit bei dieser demokratischen Arbeit zur Verfügung zu stellen.“

In der auf das Referat Kaufmanns folgenden Diskussion wandte sich Referendar Kobl er gegen das liberale Wahlbündnis. Ihm traten Chefredakteur Hoff, Heilbronn und Conrad Kaufmann entgegen. Die Resolution Kaufmanns wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Um 3/4 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Es schloß sich hieran ein gemeinschaftliches Mittagessen, das bei Reden und Toasten in bester Stimmung verlief.

### Fortschrittliche Frauenkonferenz.

Auf Veranlassung der Stuttgarter und Heilbronner Frauengruppe der Fortschrittlichen Volkspartei fand im Anschluß an die Landesversammlung eine Frauenkonferenz statt, in der Frauen von Stuttgart, Tübingen, Heilbronn und aus anderen Orten anwesend waren. Frau Weibide Pligk-Stuttgart gab in einem kurzen Referat dem Wunsch der Frauen an den neuen Landtag Ausdruck: nämlich gleiche Ausbildung der Volksschullehrerinnen mit ihren männlichen Kollegen, Ausdehnung der gewerblichen Fortbildungspflicht auf die Mädchen, wo die beruflichen Verhältnisse es gestatten, volle dreijährige Fortbildungsschule mit täglicher Unterricht, Trennung des hauswirtschaftlichen Unterrichts vom Fachunterricht ohne Verkürzung des letzteren, Wahlrecht der Frauen zur Landtagswahlkammer und endlich obligatorische Kaszanzierung der Frauen zu den städtischen Kommissionen. — In der Besprechung wurde die Notwendigkeit betont, nicht bloß Be-

traute, sondern auch Frauen zu sozialer Tätigkeit heranzuziehen. Schließlich berichtete Fräulein Berg-Geilbronn über die Erfolge technischer Volksschulen der Frauen in Heilbronn.

## Deutsches Reich.

### v. Jagow.

#### Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der Nachfolger für den verstorbenen Vizepräsidenten Wächter ist gefunden: der Botschafter in Rom, Herr Gottlieb v. Jagow wird Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Er hat, als ihm dieser Posten angetragen wurde, zuerst geögert, weil tatsächlich seine Gesundheit nicht fest ist, und er sich an das ihm zuzugende römische Klima gewöhnt hat. Er hat dann aber, als auch der andere in Aussicht genommene Kandidat, der Unterstaatssekretär Zimmermann, Gesundheitsrückichten geltend machte, seine Bedenken zurücktreten lassen. Es ist in den engeren Kreisen, in denen man die für unsere auswärtige Politik zur Verfügung stehenden Kräfte beurteilen kann, bekannt, daß Wächter, der in der Beurteilung seiner Mitarbeiter streng war, wenn in der letzten Zeit von einem Nachfolger für ihn gesprochen wurde, selbst auf den Botschafter von Jagow hingewiesen haben soll; mit dessen Leistungen auf dem römischen Posten in den letzten ereignisreichen Jahren scheint er zufrieden gewesen zu sein.

Herr v. Jagow gilt unter den wenigen Diplomaten die überhaupt in Betracht kommen, für den politischen Kopf. Die Tatsache, daß er, bevor er in den diplomatischen Dienst trat, Jurist und Professor bei der Regierung gewesen ist, mag auch als Empfehlung gelten. Er hat eine schnelle Karriere gemacht. Als Sproß eines der ältesten märkischen Adelsgeschlechter 1863 in Berlin geboren, wurde er 1886 Referendar und 1889 als solcher der Regierung in Döbeln zugeteilt. 1892 wurde er Regierungsassessor in Potsdam. Drei Jahre später ging Jagow zur Diplomatie über. Seine diplomatische Laufbahn begann in Rom, führte an die preussischen Gesandtschaften in München und Hamburg und wieder nach Rom, wo er 1899 zum Legationsrat aufrückte. Nach einem Jahre im Haag kehrte er 1901 als erster Sekretär an die Botschaft in Rom zurück. Von 1906 bis 1907 war er Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, dann wurde er außerordentlicher Gesandter in Luxemburg und am 9. Mai 1909 Botschafter in Rom. Herr v. Jagow ist unverheiratet.

**Berlin, 7. Jan.** Die von der Regierung angestrebten Einigungsverhandlungen zwischen den Krankenkassen und dem Leipziger Ärzteverband sind endgültig gescheitert.

**Höchst am Main, 8. Januar.** Aus Anlaß ihres 50-jährigen Geschäftsjubiläum wurde in der Generalversammlung der Höchstler Farbwerke die Veranschlagung einer Summe bis zu 2/4 Millionen Mark beschlossen.

**Limburg, 6. Jan.** Der Bischof von Limburg, Dr. Dominikus Willi ist heute Vormittag 10 1/4 Uhr gestorben.

**Saarbrücken, 7. Jan.** Nachdem zwischen der Bergbehörde und den Sicherheitsmännern eine Einigung erzielt wurde, ist der Teilausstand auf den Saargruben beigelegt. Die Gefahr eines Bergarbeiterstreiks ist damit beseitigt. Fruchtbaren Boden gefallen sind.

**Chemnitz, 6. Januar.** Als Nachfolger Alexander Tilles wurde Syndikus Dr. Schlenker von der Chemnitzer Handelskammer nach Saarbrücken als Handelskammerpräsident berufen.

## Ausland.

### Die Friedensverhandlungen suspendiert.

Die Vertreter der Pforte bei den Londoner Friedensverhandlungen hatten sich am letzten Freitag bereit erklärt, die Antwort auf das Ultimatum der Balkanverbündeten schon am Samstag nachmittag 4 Uhr zu geben. Zu diesem Termin erklärten sie aber, daß die von ihnen erwarteten Instruktionen aus Konstantinopel noch nicht eingetroffen seien und sie ersuchten, an dem von den Balkanverbündeten ursprünglich geforderten Termin, Montag nachmittag 4 Uhr, festzuhalten. In der Zwischenzeit tagte in Konstantinopel der Ministerrat und spaltete sich in der Frage der Auseinandersetzung in zwei Parteien: die eine war für Nachgiebigkeit, die andere für die Fortsetzung des Kriegs. Schließlich wurden folgende neue Instruktionen nach London gegeben:

1. Die Türkei tritt alles Gebiet nördlich Adrianopel ab, ausgenommen Adrianopel selber.
2. Die Türkei verzichtet auf alle Ansprüche auf Kreta unter der Bedingung, daß keine Abtretung anderer Inseln verlangt wird.

Als Reschid-Pascha diese Vorschläge in London vortrug, antworteten die Verbündeten, sie seien nicht derart, daß sie zu einer Verständigung führen könnten. Nach kurzer Sonderberatung erklärten die Vertreter der Balkanstaaten, daß sie sich genötigt sehen, die Arbeiten der Konferenz zu suspendieren. Die Sitzung wurde aufgehoben und in großer Erregung verließen die Türken den Saal. — Die Verhandlungen sind als nicht abgebrochen, sondern suspendiert, d. h. sie sind auf einem toten Punkt angelangt. Offenbar erwartet man auf beiden Seiten jetzt ein Eingreifen der Großmächte, deren Londoner Botschafter wieder zur Beratung zusammengetreten sind. Uebrigens wird nach Zeitungsmitteilungen der Fall Adrianopels in etwa 10 Tagen erwartet; auch so würde eine andere Basis für die Friedensverhandlungen gefunden sein.

**Aus Cairo** wird gemeldet: Ungewöhnlich lange und häufige Besprechungen des Khediven mit Lord Kitchener und den ägyptischen Ministern, selbst des Nachts, werden in hiesigen offiziellen Kreisen als Anzeichen einer bevorstehenden wichtigen Veränderung des

staatlichen Zustandes in Ägypten gedeutet. Ein sich haltendes Gerücht gibt als Datum dieser Umwandlung den 8. Januar, den Tag des Regierungsantritts des Khediven an.

**Paris, 6. Jan.** Der Stadtrat von Paris hat seine Einwilligung dazu gegeben, daß die Fortifikationen der französischen Hauptstadt, die mit Einwilligung der Staats- und Militärbehörden geschleift werden und in den Besitz der Stadt übergehen sollen, in einen 33 Kilometer und 250 Meter breiten Boulevard mit Parksanlagen und Spielplätzen umgewandelt werden. Diese Riesenstraße, deren verschiedene Anlagen nicht weniger als 300 Millionen Francs kosten sollen, wird Paris dann wie ein Gürtel umschließen. Mit der Abtragung der Festungswälle soll an einigen Stellen, wo sie den Verkehr besonders hemmen, bereits in Kürze vorgenommen werden.

**Rom, 4. Jan.** Auf Grund des neuen Wahlgesetzes wurde der König von der Gemeindefraktion in die Wählerliste des 2. römischen Wahlbezirks eingetragen.

**Saloniki, 6. Jan.** Hier hat ein bulgarisch-griechischer Zwischenfall stattgefunden. Der griechische Bischof von Cavalla wollte auf dem griechischen Kriegsschiff „Canario“ einen Besuch abstatten, wurde aber von einem Soldaten daran gehindert. Als der Bischof trotzdem weiter gehen wollte, griff ihn der wachhabende Soldat mit dem Bajonett an. Die Begleiter des Bischofs sprangen dazwischen, sodaß das Bajonett nur in den Gewändern des Bischofs verfangen und er unverletzt blieb. Die Wache wurde sofort abgelöst, worauf der Bischof auf das Kriegsschiff stieg.

**London, 4. Jan.** Der Streik der Automobil-droschken-Chauffeure, der am Neujahrstag mit 5000 Mann begann, hat an Umfang erheblich zugenommen, sodaß bereits über 12000 Chauffeure im Ausstand waren. Der Automobilverkehr mußte vollkommen.

## Württemberg.

**Von der nationalliberalen Partei.** Wie bereits angekündigt, hatte es sich als notwendig erwiesen, die sonst im Januar stattfindende Landesversammlung der Nationalliberalen Partei in diesem Jahre zu verschieben, um Zeit für die Erledigung der Fragen zu gewinnen, die innerhalb der Partei nach den letzten Wahlen aktuell geworden sind. Als Tag für die Abhaltung der Landesversammlung ist nunmehr der 9. März endgültig festgesetzt worden.

**Stuttgart, 7. Jan.** In der Mitgliederversammlung des Vereins würt. Presse konnte festgestellt werden, daß der kürzlich durch Umwandlung dieses Vereins gebildete Württembergische Landesverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse in der letzten Zeit einen erfreulichen Mitgliederzuwachs erhalten hat. Zwischen dem Reichsverband und dem Verein deutscher Zeitungsverleger schweben Verhandlungen über die Schaffung paritätischer Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten über den Urheberrecht und von Streitigkeiten aus dem Dienstvertrag. Die Mitgliederversammlung erklärte sich mit dem von der Zeitung des Reichsverbandes ausgearbeiteten vorläufigen Lösungsentwürfen einverstanden. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit verschiedenen württembergischen Presseangelegenheiten. Als Vertreter des würt. Landesverbandes im Hauptvorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse wurde der Vorsitzende des Landesverbandes, Chefredakteur A. Kemper, bestimmt.

**Stuttgart, 6. Jan.** Das 100-jährige Jubiläum des Dragoner-Regiments „Königin Olga“ Nr. 25, 1. würt., findet nun bestimmt am 6. Dezember d. J. statt. Überall im ganzen Lande haben sich Komitees gebildet, um freiwillige Gaben ehemaliger Angehöriger, Freunde und Wöhner dieses Regiments zu einer Stiftung für sehr bedürftige Witwen und Waisen und sehr bedürftige Dragoner in Empfang zu nehmen und um am Jubiläumstage 6. Dezember, das Regiment damit zu erfreuen.

**Stuttgart, 7. Jan.** Feldpredigt Predat v. Blum feierte gestern seinen 70. Geburtstag im Kreise zahlreicher Kinder und Enkel. Auch die hochbetagte Mutter des Jubilars konnte, was bei einem Siebzigjährigen gewiß selten der Fall ist, den Freudentag des Sohnes miteiern. Blum ist seit 1896 als Prediger und Seelsorger an der Stuttgarter Garnisonsgemeinde tätig und seit 1898 Feldpredigt der würt. Armee. Er ist ein lebhafter Förderer der verschiedensten Wohltätigkeitsanstalten und hat sich u. a. um die Württembergischen Anstalten in Ludwigsburg große Verdienste erworben.

**Bohlingen O. A. Oberndorf, 6. Jan.** Bei der Schlichtungswahl wurde Verwaltungspräsident Spitzer mit 111 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Gemeindepfleger Seeburger erhielt 50 Stimmen.

## Gerichtssaal.

### Streitbare Weibliche.

Der Redakteur des „evangelisch-lutherischen Anzeigers“, Eugen Brandis wurde vom Schöffengericht, bezogen Mitte wegen Verleumdung des Rector Professors, Professor Dr. Baumgarten, zu 500 Mark Geldstrafe, evtl. 1 Jahr Haft und Publikationsverbot in der Kreiszeitung, dem Reichsboten u. dem evangelisch-lutherischen Anzeiger verurteilt. Die inkriminierten Artikel waren aus Anlaß eines Aufsatzes erschienen, den Professor Baumgarten über das Urteil des evangelischen Oberlandesgerichtes im Falle Traud verfaßt hat.

### Ein bestialischer Vater.

Wie keiner eils gemeldet, hat die 13-jährige Juliana Wade aus Niederrodern einen Selbstmord verübt, indem sie sich vor ihren Eltern hingeworfen und sich überfahren ließ. Die Ursache der Tat war darin zu suchen, daß der Vater, der mit ihr längere Zeit verlobten Verlobter hatte, nun fortgesetzt in bestialischer Weise auf sein Kind einwirkte, sich das Leben zu nehmen, damit er nicht bestraft würde. Nach längerem Zögern ließ der Mädchen zu dem Entschluß sich unter die Räder des Fuhrwerks zu werfen, um den Vater vor Strafe zu schützen. Nun hatte sich der Vater, vor der Strafe immer in Darmstadt zu veranlassen, das wurde in letzter Instanz durch das Landgericht in Heilbronn entschieden.

**München, 7. Januar.** Der Priester Franz Josef Müller, der in Sornsbardt amtierte, wurde wegen seiner Euthanasie, die er an 7-jährige Mädchen verübt hatte, von der Landgericht in München zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.



**Sales.**

**Weihnachtsfeier des ev. Arbeiter-Vereins.**  
Der ev. Arbeiterverein, welcher in den letzten Jahren seine Weihnachtsfeier immer als erste hatte, bildete diesmal den Schluß von den hiesigen Vereinen. Am letzten Sonntag fand diese bei zahlreicher Beteiligung in der Turnhalle statt. Der Vorstand hatte es sich angelegen sein lassen, das Programm so zu gestalten, daß dasselbe, nach den viel Gebotenen bei den schon stattgefundenen Weihnachtsfeiern noch zureichend genug war um die Anwesenden in heitere Stimmung zu erhalten was der Applaus nach jedem Stück zur Genüge bewies. Herr Stadtpfarrer Köster leitete den Abend mit einer Ansprache ein. Hieran folgten

in hunder Reihe Musikstücke, Gesangsvorträgen, Couplet, Terzett, Duett, Theaterstücke u. c. Die Vortragenden Frau Schill und die Herren R. Schill Kappelmann, Rothfuß, Weber, Schildknacht, Christ, Schmid, Wilh. Schmid, Bauer, W. Gittel, Krumm, Kopp, Großmann und G. Gittel ließen es sich angelegen sein den Abend so amüßant als möglich zu gestalten und wirkliches Gelingen ihnen mit Leichtigkeit, die Harmonie im Spiel war den ganzen Abend auf der Höhe. Besonders dankbar anerkannt wurde die Aufführung der 2 lebenden Bilder Graf Eberhard im Bart und der Rättschwur. Herr Musikdirektor Bödner leitete die Männerchöre, mit welche er reichlichen Beifall erntete. Die Gabenverlosung war mit circa 400 Gewinne ausgestattet und bildete den Schluß des ersten Teils des

Abends an welchen sich der übliche Tanz anschloß, welcher die Anwesenden in begeisteter Stimmung noch lange bei einander hielt. Im Bewußtsein einen schönen Abend verlebt zu haben schieden die Lehren auseinander in früher Morgenstunde.

\* An Stelle des scheidenden Herrn Regierungsrats Hornung wurde der retatsmäßige Assessor im Ministerium des Innern Herrn Oberamtmanng Ziegeler für das Oberamt Neuenbürg ernannt.

Druck und Verlag der Berth. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: G. Reinschardt daselbst.

**R. Oberamt Neuenbürg.**

**Die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter**

sind laut Bekanntmachung des R. Ministeriums des Innern vom 11. Dezember 1912 (R.-Bl. S. 904) für die Zeit vom 1. Januar 1913 ab bis auf weiteres in nachstehender Weise für den Oberamtsbezirk festgesetzt worden:

- 1. für männliche Versicherte über 21 Jahre 800 Mk.
- 2. für weibliche Versicherte über 21 Jahre 570 Mk.
- 3. für männliche Versicherte zwischen 16 und 21 Jahren 650 Mk.
- 4. für weibliche Versicherte zwischen 16 und 21 Jahren 480 Mk.
- 5. für männliche junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren 420 Mk.
- 6. für weibliche junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren 350 Mk.
- 7. für männliche Kinder unter 14 Jahren 200 Mk.
- 8. für weibliche Kinder unter 14 Jahren 170 Mk.

Den 28. Dezember 1912.  
Regierungsrat Hornung.  
Vorstehendes wird hiemit bekannt gemacht.  
Wildbad, den 3. Januar 1913.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Bekanntmachung.**

Am nächsten  
**Freitag, den 10. d. Mts.**  
nachmittags 5 Uhr

findet in öffentlicher Sitzung der bürgerlichen Kollegien die Beerdigung der neugewählten Bürgerausschussmitglieder statt, wozu die Bürgererschaft hiemit eingeladen wird.  
Wildbad, den 7. Januar 1913.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Brennholz-Verkauf.**

Am **Donnerstag, den 9. Januar 1913**, vormittags 11 Uhr, auf dem Rathaus in Wildbad aus  
Stadtwald I Meistern, Abt. 1 f. Großer Rant  
25 Am. Nadelholzprügel II Cl.  
13 Am. Nadelholzprügel  
57 Am. Nadelholzprügel II Cl.  
23 Am. Nadelholzprügel  
Stadtwald I Meistern, Abt. 4 Schillereiche  
16 Am. Nadelholzprügel II Cl.  
10 Am. Nadelholzprügel,  
Stadtwald I Meistern, Abt. 5 Kappelberg  
1 Am. eigene Prügel II Cl.  
24 Am. buchene Prügel II Cl.  
71 Am. Nadelholzprügel II Cl.  
59 Am. Nadelholzprügel.  
Wildbad, den 24. Dezember 1912.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Stammholz-Verkauf**

am **Donnerstag, den 9. Januar 1913**, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus in Wildbad im schriftlichen Aufstreich aus  
Stadtwald I Meistern, Abt. 1 f. Großer Rant  
114 Stück tannenes Laubholz I.—V. Kl. mit zus. 162,22 fm  
19 " " Sägholz I.—III. Kl. " " 12,31 fm  
25 " " Laubholz I.—V. Kl. " " 48,51 fm  
14 " " Sägholz I.—III. Kl. " " 16,77 fm  
Stadtwald I Meistern, Abt. 4, Schillereiche  
7 Stück forch. Laubholz I., V. u. VI. Kl. mit zus. 14,58 fm  
64 " " Sägholz I.—III Kl. mit zus. 63,47 fm  
Stadtwald I Meistern, Abt. 5, Kappelberg  
100 Stück forchendes und tannenes Laubholz I.—VI. Kl. mit zus. 143,92 fm  
147 Stück forchendes und tannenes Sägholz I.—III. Kl. mit zus. 165,72 fm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, in ganzen und Zehntelprozenten ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift "Angebot auf Nadelholz-Stammholz" wollen spätestens zu obengenannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden; der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgenden Eröffnung können die Bieter anwohnen. Klasseneinteilung und Taxpreise pro 1912; der Ausschuss ist zu 100 Prozent der Taxpreise angeschlagen.  
Wildbad, den 24. Dezember 1912.

Stadtschultheißenamt.  
Böhner.

**Forstamt Wildbad.**

**Stangen-Verkauf.**

Am **Montag, den 13. Januar 1913** Vorm. 1/10 Uhr im Gasthof zu alten Linde in Wildbad, kommen aus Staatswald Abt. 78 Stoigle Bauftangen: 78 la 194 lb 282 II Kl Dagftangen 271 202 II Kl. Poppenftangen 840 I 895 II Kl öffentlich zum Verkauf. Losverzeichnis sind vom Forstamt erhältlich.

**Drucksachen** aller Art, in feinsten Ausstattung, ein- und mehrfarbig liefert  
B. Hofmanns Buchdruckerei.

**Wildbad im württemberg. Schwarzwald.**

**Hotelpacht.**

Das staats-eigentümliche Kgl. Badhotel mit ca. 70 Logierzimmern, Speisefälen und Restaurationsbetrieb kommt infolge Ablebens des seitherigen Pächter vom 1. April d. J. ab auf eine längere Pacht-dauer zur Neuverpachtung; Bewerber mit fachmännischer Ausbildung und Erfahrung in ähnlichen Betrieben werden bevorzugt. Für die Pachtübernahme ist die Verfügung über ein entsprechendes Betriebskapital erforderlich; die Beschaffung des gesamten Inventars einschließlich der Mobiliarausrüstung liegt dem Pächter ob; wegen Uebernahme des vorhandenen Inventars sind die Erben des seitherigen Pächters bereit mit den Pacht Liebhabern in Verhandlung zu treten. Pachtangebote sind schriftlich unter Anschluß von Befähigungs- und Vermögenszeugnissen bis 31. Januar 1913 hier einzureichen.

Die näheren Pachtbedingungen sind zur Einsichtnahme für Interessenten bei der unterzeichneten Stelle aufgelegt, welche bei persönlicher Vorstellung auch jede gewünschte weitere Auskunft erteilt.

Wildbad, den 7. Januar 1913.

**Kgl. Badverwaltung.**

**Evang. Arbeiter-Verein**

Wildbad.  
Allen denjenigen, die uns anlänglich unserer Weihnachtsfeier, mit freiwilligen Gaben bedacht haben,  
dankt herzlich.  
Der Vorstand.

**II. Preuss. Südd. Kl.-Lotterie**

**5 Ziehungen!**  
**Ziehung I. Klasse**  
am 13. und 14. Januar 1913.

1/5	1/4	1/3	1/2	Los
5.—	10.—	20.—	40.—	

für jede Klasse sind zu haben bei:  
Wildbad, Dem Kgl. Lotterie-Einnahmer  
Fritz Rath.

**Bad-Anstalt Jungborn**

Telefon 109. Telefon 109.  
empfiehlt seine Dampf-, Wannen- und med. Bäder, Massagen, Packungen usw. der Einwohnerschaft von hier und Umgebung.  
Den Krankenkassenmitgliedern besonders empfohlen.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Carl Schmid.  
Vorherige Anmeldungen erbeten.

**Flaschenbier**

Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagerfaß in Flaschen abgezogen empfiehlt  
Wegel, Rembachbrauerei.

**Kohlen, Briketts**

sind fortwährend zu haben bei  
Wilh. Rath.

**Wildbad.**

**Wohnung**

bestehend aus 1 Zimmer u. Küche ist sofort zu vermieten.  
Wo. saal d. Exp. d. Bl.

**Milch**

hat wieder abzugeben  
Hotel Klumpp.  
Jeden Tag frische Berliner Pfannkuchen

mit vorgügl. Fällung empfehl. tägl. frisch  
Bäckerei Bechtle.

**Flechten**

näss. u. trock. Schuppenflechte Bartflechte, skroph. Ekzema, offene Füße  
Hautausschläge, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig. Wer bisher vergeblich auf Heilung hoffte, versuche noch die bewährte u. ärztl. empf.

**Rino-Salbe**

Frei von schädlich. Bestandteilen. Dose Mk. 1,15 u. 2,25. Man achte auf den Namen Rino und Firma Rich. Schubert & Co. Weinhilfs-Dresden. Zu haben in allen Apotheken.

**Wildbad.**

**Schellfische**

**grosse**  
— Pfund 38 Pfg. —

**Bratfische**

— Pfund 27 Pfg. —  
Pfannkuch & Co.

**Frisches**

**Rehragout**

Pfund 50 Pfg.  
empfiehlt  
A. Blumenthal.



**Sommerberghotel.**  
Morgen mittags 4 Uhr  
Kegeln.

**Prof. Dr. Jaeger's**  
Normal-Unterkleidung  
Verfälscht nicht, läuft wenig ein, bleibt porös und elastisch.  
Alleinige Fabrikanten  
**W. B. ENGER SÖHNE**  
Stuttgart.  
Grand Prix - Paris 1900.

Großes Lager reimmoll. Trik t-u terkleder, Strümpfe halbwollener, baumwoll. Frottier- u. Waschtücher; größt. Auswahl in Blusen, von einfachsten bis feinsten, sowie Röcker in Flanel, Leinen, Lister Motree und Seide. Schürzen aller Art. Aragen, Manschetten, Aravatten, sowie Weiß-Woll- und Kurzwaren. Große Auswahl der neuesten Sand-Arbeiter, fertige Stickerereien, sowie sämtliche Stückmaterialien, Strick-, Woll- und Häfelgarne zu den billigsten Preisen.

**Erste und älteste Verkaufsstelle**  
der Prof. Dr. Jaegers Unterkleidung.  
**Geschwister Freund,**  
Hauptstr. 104. Hauptstr. 104.



**Eisenbahn-Unterbeamten**  
der Station Wildbad.

An Sonntag, den 12. Januar findet im Saale des Gasthauses zur 'alten Linde' unsere

**Weihnachts-Feier**

statt, verbunden mit großer theatralischen u. musikalischen Aufführungen, sowie Gabenverlosung u. Tanz, wozu die geehrte Einwohnerschaft der Stadt Wildbad freundschaftlich eingeladen ist.  
Der Ausschuss.  
Saal-Öffnung nachm. 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.